



Sehr geehrte Damen und Herren,

Freiham ist das größte Wohnbauprojekt in Deutschland. Der neue Stadtteil soll ein Nachhaltigkeitsprojekt urban interpretieren. Das Gesicht dieses Wohnstandorts wird heuer entschieden; Näheres ab Seite 2.

Anschließend kommt auf S. 7 das **Junge Forum** zu Wort; sein aktuelles Projekt sind **STADTfragen** - eine interdisziplinäre Diskussionsplattform für junge Ideen. Das Junge Forum will Analysen, Konzepte, Entwürfe und Projekte rund um das Thema Stadt öffentlich präsentieren und diskutieren – *live* und *offline* in einer anregenden Club-Atmosphäre. Bis Ende Juli können Studienarbeiten verschiedener Fachrichtungen beim Münchner Forum eingereicht werden.



Endgültig genehmigt ist die Zentrums-Baustelle **Hofstatt** (Seite 9). Auf Seite 10 skizzieren wir den **Mietwohnungsmarkt**. Dann berichten wir in über den Umgang mit **Münchner Hochbunkern**: über deren Bestand (Seite 11 u. 12).

Weiter geht es mit Beiträgen zu einem Alternativ-Konzept für den **Bahnknoten** München (S.13). Drei Verkehrsexperten legen damit erstmals ein Gesamtkonzept vor. Dieses sieht einen durchgehenden 10 Minuten Takt mit der weitgehenden Entkopplung der S-Bahnen von anderen Bahnverkehren vor. Es verdient seriös diskutiert zu werden. Weiter stellen wir Ihnen den **Abfallwirtschaftsbetrieb** München vor (Seite 15). Wir bringen einen Auszug einer Rede von Oberbürgermeister **Christian Ude zur kommunalen Demokratie** (S.17) und einen Bericht zur **Bürgerdemokratie** (S.19). Wir berichten über das gescheiterte soziale Hotel-Projekt der Initiative BISS im früheren Münchner **Frauen- und Jugendgefängnis** (S.20) und über den **Tag gegen den Lärm**. Wir schließen mit einer **Buchrezension** und wie gewohnt mit **Leserbriefen**.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Czisch, Vorsitzender des Programmausschusses

INHALT:

Freiham erhält sein Gesicht	2
Warum Freiham so wird	4
Siemens baut in München aus	6
Junges Forum wird aktiv	7
Dokumentation O.-v.-Miller-Ring	8
Bürgerinitiativen in Wien	8
Hofstatt endgültig genehmigt	9
Mietwohnungsmarkt: Alle Viertel sind ähnlich teuer	10
Hochbunker in München: Zivilschutz nicht prioritär Hinter meterdickem Beton	11 12
Bahnknoten München: Erstmals ein Gesamtkonzept	13
Abfallwirtschaftsbetrieb München: „Bessert rennen“	15
Ude zur kommunalen Demokratie	17
„Wutbürger“- eine Diskriminierung	19
Fehlentscheidung gefallen	20
Tag gegen den Lärm	21
Buchrezension	22
Leserbriefe	23

IMPRESSUM

Münchner Forum e.V.
Schellingstr. 65, 80799 München
verantwortlich: U. Ammermann

Wir verfolgen den Fortgang der von uns aufgegriffen Themen. Obiger Inhalt entspricht daher nicht zwingend dem Diskussionsstand in unseren Arbeitskreisen. Sie können Aussagen gern wörtlich oder sinngemäß zitieren, aber nur mit Quellenangabe. Falls Sie unsere Standpunkte nicht mehr erhalten oder sie jemandem gern zukommen lassen möchten, genügt ein Mail an info@muenchner-forum.de

Am 21. September wird die Jury über den Gestaltungswettbewerb entscheiden:

Heuer wird das Gesicht des Freihamer Wohngebiets bestimmt

Über 120 Aubinger Bürger erfuhren auf einem Informationsgespräch des Planungsreferats am 2. Mai 2011, moderiert vom Münchner Forum: Freiham wird eine richtige Stadt am Rande der Großstadt – mit seiner künftigen Einwohnerschaft von 20.000 Personen halb so groß wie Dachau oder Fürstenfeldbruck, aber größer als Bad Tölz. Freiham bekommt Schulzentrum und Bibliothek, Marktplatz und Kirchen, und all das nicht wie in der Messestadt Riem irgendwohin an den Rand weggedrückt, sondern mittendrin. Für den ersten Bauabschnitt mit 3.500 Wohnungen für 7.000 Bewohner und den ersten Bauabschnitt des Freihamer Zentrums läuft über den Sommer der europaweit ausgeschriebene Gestaltungswettbewerb. Zum Herbstbeginn soll dann feststehen, wie Freiham dort künftig aussehen wird. Nächstes Jahr wird der Rahmenplan fertig, im Jahr darauf die Bebauungsplanung, und ab 2014 soll dann tatsächlich gebaut werden. Die Erwartungen sind hoch. Sind sie es zu Recht?



Die Baufelder in Freiham (weiß umrandet) neben dem Gebiet Neuaubing (punktiert). Bild: Planungsreferat

In Freiham soll ein schwieriger Kunstgriff gelingen: Das neue Stadtquartier soll zwar städtisch sein und urbane Qualitäten aufweisen, was eine relativ dichte Bebauung verlangt, aber auch Vorzüge ausspielen, die der Stadtrand bietet: Landschaftsverbundenheit, also viel Grün und Kontakt mit der Natur. Die Stadt will die Natur vor allem mit dem 70 Hektar groß werdenden Landschaftspark entlang der Autobahn erlebbar machen. Zum Vergleich: der Westpark hat 60 ha. Auch zwischen dem bestehenden Stadtteil Neuaubing und dem künftigen Wohngebiet Freiham wird ein schmaler Grünzug geschaffen. Trotzdem sollen alt und neu eng verzahnt werden; beispielweise wird ein neues Geothermie-Kraftwerk beide Stadtteile und z.T. auch das Fernwärmenetz versorgen, erklärte der Stuttgarter Erdwärme-Professor Dr. Detlef Kurth.

Das Wohngebiet Freiham wird keine Häuslebauer-siedlung; für derartige Dichten ist städtischer Grund zu kostbar, erläuterte Stadtbaurätin Prof. Elisabeth Merk. Im verdichteten Eigenheimbau (das läuft auf sogenannte Stadthäuser und ähnlich kompakte Bauformen hinaus) ist eine GFZ von 1,1 vorgesehen, im Geschosswohnungsbau 1,2. Das sind Dichten wie in Neuperlach (zum Vergleich: Gründerzeitviertel wie rund um den Gärtnerplatz oder in Schwabing-West weisen 3,0 und mehr auf, Eigenheimsiedlungen mit Hausgärten oft nur 0,2). Wie eine relativ dichte Bebauung bei zugleich viel Anspruch auf Grün zu gewährleisten ist, soll der Wettbewerb zeigen, der bereits europaweit ausgeschrieben ist (eine wirklich gute Ausschreibung sei das, sagte Jurymitglied Ina Laux; das sei keineswegs immer und überall so).

Drei Schwerpunkte hat das jetzt zu verwirklichende Freihamer Programm: Auf bisherigen Feldern wird erstens die Stadt weitergebaut. Zweitens ist eine energieeffiziente Entwicklung geplant – als

Modellprojekt, das deshalb auch von der Bundesregierung unterstützt wird. Drittens ist dieses Nachhaltigkeitsprojekt urban zu interpretieren. Darin liegt die eigentliche Aufgabe. Denn Passivhäuser zu bauen, ist keine grundlegende Schwierigkeit mehr. Zu untersuchen ist auch noch, wie sich die Energieersparnis durch aneinander zu rückende Stadthäuser mit massiver Wärmedämmung und die Energiegewinnung in einer aufgelockerten Bebauung mit großzügigeren Hausabständen zur optimalen Besonnung der Südfronten und von Solardächern zueinander verhalten. Nicht zu vernachlässigende Posten in der Energiebilanz sind auch „graue Energien“ zur Herstellung des Baumaterials und die Energien für die Mobilität der Bewohner. Je aufgelockelter und naturnäher die Bauweise, desto länger dürften nämlich die Wege werden und desto eher könnte das Auto aus der Garage geholt werden. Kompakte Stadtviertel sind dagegen fußgängerfreundlich und insofern auch ein Beitrag zur Energieeffizienz.



Der namensgebende Gutshof Freimann steht unter Denkmalschutz. Bild: Gutshof

den Straßen abgewandten Fußgängerwegen. „Die Sehnsucht urban plus grün wurde selten eingelöst“, urteilte die Architektin Ina Laux; sie sei daher froh, setzte sie hinzu, dass Freiam so lange liegen geblieben sei. Jetzt gelte es, die „Ressource Raum“ gut zu nutzen, also vielleicht nicht hoch, aber auf jeden Fall relativ dicht zu bauen, auch um kurze Versorgungswege sicherzustellen.

Ein offenes Einkaufszentrum nicht als hermetische *Mall*, sondern als ergänzbares Viertel von Einzelhandelsgeschäften, ein zentraler Platz mit hoher Aufenthaltsqualität (kein zugiger Unort wie der Willy-Brandt-Platz in der Messestadt), das Schulzentrum mitten im Stadtteil, vielleicht sogar ein „Campus Freiam“, wie aus dem Publikum gefordert – all das soll in Freiam Urbanität erzeugen. „Man muss sich fassen und greifen können“, sagte Laux. Erschlossen wird der Stadtteil zunächst durch Busse, dann durch eine Tram, deren Trasse sich auch für eine Stadt-Umland-Bahn oder für eine U-Bahn eignen könnte. Mit dieser Trassenfestlegung werde auf jeden Fall nichts verbaut, erläuterte der Stadtrat und BA-Vorsitzende Dr. Josef Assal. Eine U-Bahn brauche Freiam nicht; mit sechs S-Bahnhöfen sei sein Stadtbezirk ohnehin sehr gut versorgt. Die neuen Infrastruktureinrichtungen nutzen auch den Neuaubingern.

Auch Stadtbaurätin Elisabeth Merk will, dass Freiam dicht bebaut werden wird, weist aber darauf hin, dass Dichte allein kein Garant für Urbanität ist. Sie plädiert grundsätzlich dafür, kein Einzelargument wichtiger als andere zu nehmen, weder die „verkehrsgerechte Stadt“ wie in der Vergangenheit noch lediglich Dichte noch lediglich Nachhaltigkeit. Grundsätzlich plant sie für Freiam eine „kleinteiligere Typologie“ als ihre Amtsvorgängerin Christiane Thalgott in der Messestadt. Zwar besteht ein Gesamtkonzept, das im Freiamer Süden, auf dem Gewerbegebiet, schon teilweise umgesetzt ist. Aber realisiert wird stückweise. Dabei spielt auch die Zeit eine wichtige Rolle. Nicht alles soll von Anfang an festgelegt werden. Erfahrungen sollen einfließen können. Auch wer später kommt, soll noch mitreden können. Freiam soll entstehen wie ein *Patchwork* nach einem übergreifenden Muster, aber aus vielen einzeln gestaltbaren Teilen.

Das gilt auch für die Grüngestaltung, die Merk zufolge zwar nach einem Masterplan, aber „in den Zwischenräumen flexibel“ angedacht ist. Der Landschaftspark an der Autobahn sei eine große Vor-

Freiam soll also das theoretisch Unmögliche leisten, gleichermaßen rural (ländlich) und urban (städtisch) zu sein, wofür die Landschaftsarchitektin Maria Auböck, ebenfalls Jurymitglied, das Kunstwort *urban* in die Debatte warf. Gesucht wird diese Antwort seit langem. Als in den 1970er Jahren Neuperlach entstand, hieß die Antwort Hochhäuser in parkartiger Stadtlandschaft mit von den Häusern abgewandten Straßen und von

leistung; die Ausgestaltung des Grüns in den Quartieren sei hingegen differenziert anzugehen. Ein solches Planungsprinzip nahe an den Einzelquartieren hält Merk ohnehin für nötig; Riesenentwürfe könnten gar nicht detailgenau sein. Sehr bewusst habe sich ihr Referat deshalb entschieden, im jetzt laufenden Wettbewerb nur zwei Teilflächen zu überplanen: den östlichen Wohnbereich direkt an der Grenze zu Neuaubing und das Stadtteilzentrum mit Schul- und Sportzentrum.

Baugemeinschaften sollen in Freiham „an den richtigen Stellen privilegiert“ zum Zuge kommen, erläuterte Merk. Im übrigen ist die „Münchner Mischung“ aus Sozialwohnungen, frei finanzierten Miet- und Eigentumswohnungen geplant. Für eine Durchmischung plädierte auch Assal. Auf Kinderspielflächen würden Eltern sich kennenlernen. Schon jetzt gebe es rundum ein reichhaltiges Vereinsleben. Soziale Kontakte und ein lebendiges Viertel ergäben sich so fast von allein. GBR

Warum Freiham so wird, wie es wird – Rückblick auf eine lange Planungsgeschichte:

Die ersten Weichen wurden schon vor Jahrzehnten gestellt

Freiham – das ist eine fast unendliche Geschichte. Sie reicht schon so lange zurück wie Münchens Stadtbaurätin an Lebensjahren zählt (Jg. 1963). Nur wer diese Historie zumindest in Umrissen kennt, kann verstehen, warum Freiham so wird, wie es wird. Der zuständige Stadtplaner im Planungsreferat Thomas Rehn berichtete dem Arbeitskreis Stadt: Gestalt und Lebensraum aus Verwaltungssicht.

Freiham sollte ab den 1960er Jahren als eine von drei Entlastungszentren (Perlach, Schleißheim und Freiham) den Zuzugsdruck auf München auffangen. Damals kamen jedes Jahr rund 20.000 Menschen neu in die bayerische Landeshauptstadt. Das erste Entlastungszentrum Neu-Perlach wurde begonnen, aber nie fertiggestellt. Das zweite, Schleißheim, auf dem Areal des dortigen Flugplatzes geplant, kam über ein Modell nie hinaus, weil München dort, im Umland, nichts zu sagen hatte. Das dritte, Freiham, blieb lange Theorie, weil im Münchner Westen die Kanalisation eine weitere Siedlung vom Volumen einer Stadt nicht verkraftet hätte. Erst als in den 1980er Jahren das damals neue Klärwerk Dietersheim in Betrieb ging und der N/W-Sammler gebaut worden war, rückte Freiham in den Bereich des Realisierbaren – wären dann nicht mit dem plötzlichen Ende des Kalten Krieges und der Umstrukturierung der Bahn enorme Kasernen- und Bahnflächen frei geworden, die die Freiham-Planung für zwei Jahrzehnte überflüssig machte.

Aber Stadtplaner denken langfristig. Pläne wurden trotzdem weiter gemacht. Für Freiham entwickelten sich zwei Planungsfavoriten: ein Plan mit einem Landschaftspark zwischen dem bislang bebauten Stadtrand Neuaubing und den kommenden Siedlungsquartieren sowie einer, der den Landschaftspark ganz nach Westen an die Autobahn rücken und die Wohngebiete miteinander verschmelzen wollte. Die Planer favorisierten *unisono* den zweiten, die Politiker, die zu entscheiden hatten, ziemlich *unisono* den ersten Plan – ein ungutes Patt. In der Überarbeitung beider Pläne gewann der zweite an Qualität und verlor der erste – so ließ sich schließlich auch die Politik davon überzeugen, dass die Vorstellung der Planer mit einem zusammenhängenden Siedlungsgebiet und einem Landschaftspark außen herum die erstrebenswerteste Lösung sei.



Gewerbegebiet Freiham heute.

Bild: Höffner

Schon in den 1960er Jahren hatte ein erster Ideenwettbewerb für Freiham das Ergebnis erbracht, im Süden, über der damals erst geplanten Lindauer Autobahn, Gewerbebauten und weiter nördlich Wohnareale zu konzentrieren. Diese Flächenstruktur wurde übernommen und das Gewerbegebiet vorrangig realisierbar gemacht. Denn München wollte vor allem zwei Wirtschaftszweigen attraktive Standorte bieten: einem gro-

ßen Möbelhaus (das um ein Haar auf dem Gelände der späteren Allianz Arena gebaut worden wäre, hätte nicht der FC Bayern plötzlich erkannt, dass sein Fußball-„Hexenkessel“ im Olympiastadion unrealistisch war, so dass er nach Fröttmaning ausweichen musste) und Firmen der Biotechnologie, die sich zunehmend in Martinsried ansiedelten, also außerhalb Münchens. Für beide Branchen wurde das Gewerbegebiet Freiham mit Hochdruck baureif gemacht und mit einer eigenen Autobahnabfahrt perfekt erschlossen.



Mit diesem Konzept hatte Landschaftsarchitekt Hansjakob den Wettbewerb Freiham gewonnen. Bild: Hansjakob

Die jetzige Planung stützt sich auf den städtebaulichen Wettbewerb 1981/82, den das Münchner Team Petzold/Hansjakob gewann und Grundlage des gültigen Flächennutzungsplans ist. Für das Wohngebiet stritt die Politik in München lange um die richtige Lösung: eine Einfamilienhaus-Gegend oder verdichteter Wohnungsbau? Die Häuslebauer-Philosophie mit einer Geschossflächenzahl (GFZ, Verhältnis der Geschossfläche zur Grundstücksgröße) von vielleicht nur 0,2 hatte lange Zeit gewichtige Fürsprecher, auch wenn heute Forderungen aus der Politik kommen, die von der Planung angepeilte GFZ von 1,1 bis 1,2 sogar noch zu erhöhen, was durchaus noch möglich ist. Weitere Schwierigkeiten kosteten in der Planung ziemlich viel Zeit. Die erste lag in der Erschließung mit öffentlichem Verkehr. Dass die S4 in Freiham einen zusätzlichen Bahnhof bekommen sollte, war sehr schnell klar. Völlig unklar blieb aber die Erschließung per Tram oder Stadt-Umland-Bahn. Die Stadt favorisierte letztere über Jahre. Aber die Umlandgemeinden waren nicht interessiert, so dass schließlich die rein städtische Tram zum Zuge kam – ursprünglich auf einer Trasse, die von Pasing zunächst durch Neuaubbing und dann (wie auch heute vorgesehen) in einer Schleife durch den Norden des Neubaugebiets nach Süden führen sollte, allerdings unter der S-Bahn hindurch bis ins Zentrum des Gewerbegebiets. Dieses Abtauschen der Gleise an einer Stelle, wo die Stadtmitte mit öffentlichem Raum geplant war und ist, erzeugte für die Gestaltung eines städtischen Platzes so viele Probleme, dass die Stadt sich schließlich entschied, auf die Gleisunterführung zu verzichten und die Tram am künftigen S-Bahnhof Freiham ebenerdig wenden zu lassen.

Lange ging es auch um den Standort der Schulen. Ursprünglich wollten die Planer sie an den Rand des Landschaftsparks legen, weil Schulhöfe und Schulsportanlagen nun einmal etwas Lärm ausstrahlen und benachbarte Wohnungen deshalb als schwierige Lösung erschienen. Dann hätten aber Eltern ihre Kinder wohl überwiegend im Auto zur Schule fahren müssen. Nicht nur das Münchner Forum hatte indes gefordert, die Schulen als Kristallisationskerne urbanen Lebens zentral anzuordnen. Auch das Planungsreferat sah ein, dass die Schulen in die Nähe von S-Bahn und Tram gehören, da speziell das dortige Gymnasium (eines der drei, die in München noch gebaut werden sollen) viele Fahrschüler haben wird. Die Debatte um die Lage des Landschaftsparks endete mit einem Kompromiss: Er kam zwar an die Autobahn, deren Verkehrslärm durch Wälle abgeschirmt wird. Zwischen Neuaubbing und Freiham setzte die Politik aber einen schmaleren Grüngürtel durch.

Realisiert wird Freiham nun in Bauabschnitten: einem in der Zeichnung links rot umrandeten mit Wohnungen und einem blau umrandeten mit öffentlichen Einrichtungen – dunkler angelegt ist der Bereich für Schulen und Schulsportanlagen, hell der Bereich zum Einkaufen. Auch für die Geschäftslagen hatte es lange Debatten gegeben. Die Geschäftsleute wollten ein Einkaufszentrum wie in Riem – je größer, desto lieber. Warnungen der Stadt, die Einwohner Freiham's würden erst



allmählich mehr werden, so wie die Neubauten fertig würden, ließen die Geschäftsleute kalt. Einer wollte bis zu 70.000 Quadratmeter Verkaufsfläche schaffen (das ist mehr als das OEZ hat, Münchens größtes Einkaufszentrum), um Kundschaft aus dem Umland zu bedienen. Alle Parkplätze für diese Mammut-Anlage, sagte er, sollten ebenerdig entstehen. Die Stadt winkte ab. Erfahrungen in Riem machten vorsichtig: Die Riem Arcaden beherrschen das Geschäftsleben dort so stark, dass sich nicht einmal ein Discounter traut, in diesem Stadtteil anderswo zu bauen, obwohl Flächen bereit stehen. Freiham bekommt nun überhaupt kein geschlossenes Einkaufszentrum, sondern eine offene Ansammlung von Einzelgeschäften, aber unter einer zentralen Steuerung, damit die Versorgung auch klappt. Die können mit dem Stadtteil mitwachsen und sollen die Freihamer bedienen, nicht Fürstentfeldbruck. Auch dies war eine zentrale Forderung des Arbeitskreises Stadt: Gestalt und Lebensraum im Münchner Forum. Im Arbeitskreis war man erleichtert und erfreut über diese Entwicklung.

Allerdings blieben Wünsche nach der örtlichen Identität der Planung offen. Bei Hansjakob und In den Grundsätzen des Münchner Forums für Freiham sollte der alte Freihamer Weg vom Gut Freiham bis zum Bahnhof Aubing für Fußgänger und Radfahrer soweit möglich als Allee auf der alten Trasse vorgesehen werden. Leider ist dieses Element dem Rationalismus geopfert worden, auf Kosten der Ortsidentität. Das sollte unbedingt geändert werden. Für die Bauabschnitte A und B hat die Stadt schon vor einiger Zeit Realisierungswettbewerbe ausgeschrieben. Für den Teilbereich A haben zehn Büros Entwürfe eingereicht, für B zwölf. Dieser Tage entscheidet die Jury, wer mit welchen Entwürfen zum Zuge kommen wird. GBr

Siemens bestimmt München zum Sitz seines neuen Sektors Infrastructure & Cities

Siemens wird seinen vierten Geschäftssektor *Infrastructure & Cities* ab 1. Oktober in München im Gebäudekomplex der Konzernzentrale am Wittelsbacherplatz ansiedeln. Von dort aus will Siemens sein weltweites Geschäft mit Städten und Infrastrukturen steuern. Damit ist Berlin aus dem Rennen, das sich ebenfalls Hoffnungen auf diese Arbeitsplätze gemacht hatte. „Die größten 600 Städte stehen für die Hälfte der Leistung der Weltwirtschaft“, hatte der Siemens-Vorstandsvorsitzende Peter Löscher schon im Januar erklärt. Sie seien Kraft- und Problemzentren zugleich. Siemens will das nutzen, um Lösungen für Umweltschutz und Energieersparnis zu verkaufen. Zu diesem Zweck hat der Konzern bereits einen *Green-City-Index* entwickelt, um Stärken und Schwächen von Städten hervorzuheben und sich selbst als Lösungsanbieter ins Spiel zu bringen. In München finde der Konzern alles, was er dazu braucht, sagte Löscher: „wettbewerbsfähige Infrastrukturen, hoch qualifizierte Mitarbeiter und exzellente Forschungseinrichtungen“. Die weiteren drei Siemens-Geschäftsfelder sind Industrie, Energie und Medizintechnik. Der Industriesektor mit sechs Divisionen, 35 Milliarden Euro Umsatz und mehr als 200.000 Mitarbeitern wird für den neuen Sektor verschlankt. Auch der Sektor Energie – fünf Divisionen und 25 Milliarden Euro Umsatz – muss Bereiche abgeben. Unberührt bleibt die Medizintechnik mit ihren drei Divisionen. Oberbürgermeister Christian Ude hält die Standortentscheidung „für einen Glücksfall“. München und Siemens arbeiten bereits eng zusammen. So errichtet Siemens gemeinsam mit den Stadtwerken und mit RWE vor der walisischen Küste einen Windpark und testet gemeinsam mit den Stadtwerken Infrastrukturen für Elektrofahrzeuge – vom Antrieb über die Ladesäulen bis zur Netzanbindung. Ab 2013 nutzt die MVG neue, besonders umweltfreundliche und energieeffiziente Siemens-U-Bahnen. GBr

Junges Forum will akademischen Nachwuchs rund um das Thema Stadt erreichen:

„STADTfragen“ sollen das Nachdenken über die Stadt fördern

Als Plattform besonders für junge Menschen hat das Münchner Forum sein Junges Forum gegründet. Dieser Arbeitskreis hat nun ein Veranstaltungsformat konzipiert: STADTfragen, eine interdisziplinäre Diskussionsplattform für junge Ideen. Dort will das Junge Forum Recherchen, Analysen, Konzepte, Entwürfe und Projekte rund um das Thema Stadt öffentlich präsentieren und diskutieren – *live* und *offline* in einer anregenden Club-Atmosphäre. Das Junge Forum will damit München um eine weit gefasste Debatte zum Thema Stadt bereichern. Bis Ende Juli sucht das Junge Forum Studienarbeiten verschiedener Fachrichtungen für diese Reihe im kommenden Herbst.



Agnes Förster

Wir sprachen mit der Architektin Agnes Förster über das neue Projekt:

Gibt es in München nicht schon genügend Plattformen für den architekturgeprägten Dialog, etwa in der Architekturgalerie, im Architekturmuseum oder in der Architektenkammer?

Architekturfragen sind nur *ein* Themenfeld unter vielen. Die Stadtentwicklung hat ja auch soziale Aspekte, solche der Ingenieurwissenschaften bis hin zum Verkehr und zur Energiebilanz, überhaupt zur Ökologie und weiter zur Landschaftspflege. Zur Stadtentwicklung gehören natürlich Themen der Ökonomie, auch der Geografie, der Denkmalpflege, der Kultur und der Bildung, der Kommunikation, ja bis hin zur Philosophie und zur Kunst. Wir wollen die Stadtentwicklung querschnittlich betrachten, interdisziplinär.

Sie wenden sich in erster Linie an den wissenschaftlichen Nachwuchs der Münchner Universitäten?

Keineswegs nur. Genauso sehr fragen wir nach Semester- und Abschlussarbeiten aus Fachhochschulen, von Foto- oder Design- und anderen Akademien, aber auch von Kunsthochschulen. Die einzige Bedingung ist: Es soll sich um bereits vorgelegte, also fertige Arbeiten handeln. Ihre Note interessiert und nicht; wir machen uns schon selber ein Bild.

Wer ist „wir“?

Der Arbeitskreis Junges Forum im Münchner Forum, den ich leite. Wir sind selbst interdisziplinär zusammengesetzt; ich beispielsweise bin Architektin und arbeite zusätzlich am TU-Lehrstuhl für Raumentwicklung mit; ein Kollege in unserem Team hat eine Ausbildung an der Deutschen Journalistenschule und ein Kunstgeschichtsstudium sowie eine Ausbildung zum Bildhauer hinter sich. Wir legen Wert auf den offenen Blick und auf Grenzen überschreitendes Denken.

Das klingt ein wenig, als seien „STADTfragen“ buchstäblich jeder Art willkommen.

Natürlich wollen wir nicht beliebig werden. Erstens sollte jedes Thema, damit wir es wir aufgreifen, einen Bezug zur Stadtentwicklung haben. Und zweitens sollte sich ein Bezug zu München herstellen lassen. Wenn die zugrunde liegende Facharbeit ihn nicht selbst hat, sollte dieser Bezug in der Diskussion angesprochen werden.

Wie wollen Sie an die Themen heran kommen, die Sie aufgreifen möchten?

Bis Ende Juli werben wir um Einreichungen. Dazu sprechen wir Dozenten und Studenten unterschiedlichster Hochschulen und Akademien an. Auch jeder Standpunkte-Leser sollte überlegen, ob er jemanden kennt, den er auf die neue Plattform STADTfragen aufmerksam machen kann.

Wie soll das praktisch geschehen?

Für die Hochschulen und Akademien gibt es Plakate und Handzettel. Wer jemanden auf die STADTfragen direkt aufmerksam machen möchte, sollte einfach auf die Webseite des Münchner Forums verweisen. Dort ist alles Nähere zu finden, bis hin zu einem Fragebogen und zur Kontaktadresse.

Was geschieht mit ausreichend spannenden Themen, die bei Ihnen eingereicht werden?

Die Verfasser werden eingeladen, sie in einer öffentlichen Veranstaltung des Jungen Forums in einer Kurzfassung vorzustellen. Dazu laden Verfasser ihre Freunde und wir zusätzlich auch Praktiker ein, beispielsweise aus dem Verein, der das Münchner Forum trägt, und aus dem Programm-ausschuss. Weitere Gäste sind willkommen.

Also eine Art öffentliches Seminar?

Nein, wir planen eher eine Club-Atmosphäre und lediglich kurze, maximal 15-minütige Übersichts-Präsentationen. Ebenso wesentlich wie diese moderierten Präsentationen ist der anschließende Gedankenaustausch zwischen Menschen ganz unterschiedlicher Fachgebiete und aus verschiedenen Generationen.

Wann ist die erste dieser Veranstaltungen geplant?

In diesem Herbst, voraussichtlich im Rahmen des Münchner Klimaherbstes. Vielleicht zwei weitere Diskussionsabende sollen dann im Abstand von ein bis zwei Monaten folgen. So viel fürs Erste.

Und danach?

...möchten wir die vorgestellten Arbeiten auf die Forums-Webseiten stellen, erwarten Kurzberichte in den Standpunkten und nicht zuletzt konstruktive Kritik und Anregungen aus dem Teilnehmerkreis.

Sie wollen mit den STADTfragen jüngere Menschen für das Münchner Forum interessieren. Warum dazu dieses eher konservativ-klassische Format und nicht beispielweise ein Forum im Internet?

Weil gerade in der so stark virtuell organisierten Welt Begegnungen *face-to-face* die effizienteste Form des Dialoges sind. Netzwerke, die auf persönlichem Erleben beruhen, halten besser als nur virtuelle. Wenn bei solchen Clubabenden auch berufliche Kontakte geknüpft werden können – um so besser. Wir freuen uns bis Ende Juli auf Mails und Anrufe aus den verschiedensten Disziplinen rund um die Stadtentwicklung und auf Einsendungen von Arbeiten. Aus ihnen wollen wir spannungsreiche, viele Aspekte berührende Abende über München und seine Stadtentwicklung gestalten.

Mit Agnes Förster sprach Gernot Brauer.

Forum-Arbeitskreis Maxvorstadt legt Dokumentation zum Oskar-von-Miller-Ring vor

Der Arbeitskreis Maxvorstadt des Münchner Forums hat eine Dokumentation mit Anregungen zur Neugestaltung des Oskar-von-Miller-Rings zwischen der zu erneuernden Siemens-Konzernzentrale und dem Museumsquartier verabschiedet (wir berichteten in der letzten Ausgabe). Sie können sich das Dokument „**Stadtreparatur am Oskar-von-Miller-Ring**“ von www.muenchnerforum.squarespace.com/mitglieder-meinen herunterladen. GBr

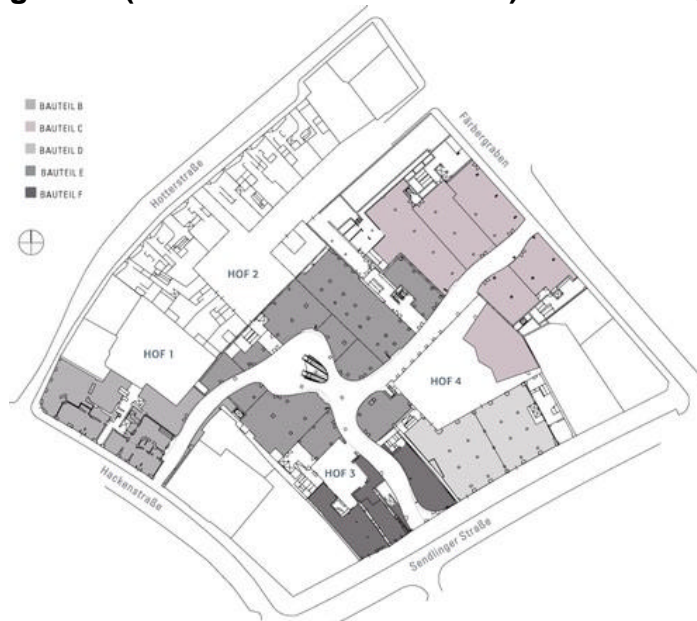
Bürgerinitiativen organisieren sich erstmals europaweit

Kampf gegen Hochhäuser, Proteste gegen Tiefgaragen und Baumfällungen in Parks, Widerstand gegen als Verschandelung gesehene Änderungen des Ortsbildes: „Die Wiener steigen immer öfter auf die Barrikaden“, erklärt Herta Wessely, Obfrau der Aktion21, am 5. Mai in der Wiener „Presse“. Die Aktion21 ist eine Art Dachverband, in dem sich rund 50 Bürgerinitiativen gesammelt haben. Das Bürgerbeteiligungsverfahren der Stadt Wien sei eine Augenauswischerei. „Da geht es nur um Oberflächenbehübschungen, aber nicht um Bürgerbeteiligung“, kritisierte Wessely. Sie forderte eine Reform der städtischen Agenda21. Derzeit wird ein Grundsatzpapier mit Forderungen erarbeitet, das im Juni Planungsstadträtin Maria Vassilakou vorgelegt werden soll. Zulauf haben die Wiener Bürgerinitiativen auch durch die Tumulte rund um das geplante Eisenbahnprojekt Stuttgart21 in Deutschland erhalten. Diese Proteste hätten auch in Wien viele Menschen sensibilisiert, für ihre Rechte einzutreten, so Wessely. Passend zu dieser Entwicklung fand Anfang Mai in Wien ein zweitägiges Gipfeltreffen statt, eine Fachkonferenz zur „Europäischen Bürgerinitiative“. GBr

Die Hofstatt ist endgültig genehmigt – Ude lobt neu entstehende 69 Wohnungen:

OB ist erfreut, dass kein reiner *commercial district* entsteht

Das nochmals umgeplante Bauprojekt Hofstatt auf dem früheren Gelände des Süd-deutschen Verlags im Karree Sendlinger Straße, Hacken-, Hotterstraße und Färbergraben (wir berichteten mehrfach) ist nun endgültig genehmigt – und längst im Bau.



Wie von Anfang an geplant wird es Passagen geben, die den Durchgang vom Färbergraben zur Hackenstraße und zur Sendlinger Straße ermöglichen. Der Eingang von der Sendlinger Straße wird, wie ebenfalls schon berichtet, nicht mehr durch den Altbau des früher dort arbeitenden Zeitungsverlages führen, sondern durch das abgerissene und neu aufzubauende ehemalige Abendzeitungs-Gebäude daneben. Die Höfe 3 und 4 werden von der Passage aus zugänglich sein; Hof 1 und 2 gehören zum Wohnbereich des Quartiers und sind vom Geschäftsbetrieb daher abgeschirmt. Die Geschäfte werden kleinteiliger. Dass die Passagen bleiben, hat die Stadt durchgesetzt. Andernfalls, hatte sie gedroht, werde sie einen Bebauungsplan aufstellen, was die Baustelle

mindestens zwei Jahre stillgelegt hätte. Das zeigt: Die Stadt hat durchaus Instrumente, um Bauvorhaben privater Investoren zu steuern; sie setzt sie allerdings nur zögerlich ein. (Als besonders ärgerlich empfindet das Münchner Forum dies, wenn umzunutzende Immobilien städtischen Gesellschaften gehören wie etwa das frühere Heizkraftwerk Müllerstraße).

Die Geschäftsstruktur in den Passagen in der Hofstatt ist kleinteiliger geworden – das fördert die Vielfalt des Angebots. Oberbürgermeister Christian Ude freute sich darüber, dass dort, mitten im Zentrum, außerdem 69 Wohnungen entstehen und das Areal nicht zu einem, wie er sagte, reinen *commercial district* wird. Allerdings wird es im Dachgeschoss des früheren Druckereigebäudes keine Wohnungen mehr geben; dort werden nun Büros eingerichtet.



Die künftige Passage, teilweise unter Glas (links) und der Eingang von der Sendlinger Straße.

Alle Bilder: Hofstatt

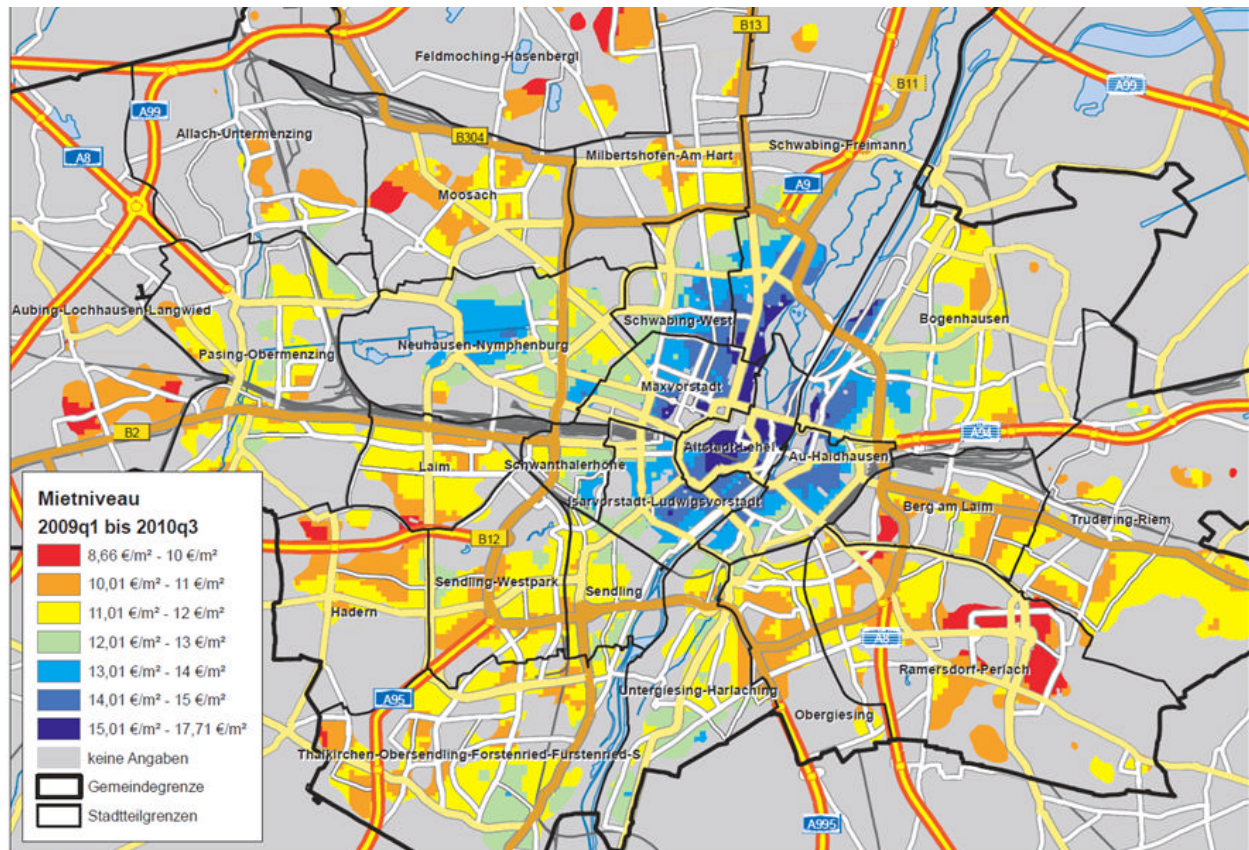
Keine Auskunft gibt es bisher über die Preise der 69 Eigentumswohnungen, die überwiegend an der Hotterstraße, aber auch im Altbau in der Hackenstraße entstehen. Wie im Alten Hof und in den Lenbachgärten darf man vermuten, dass sich hier reiche Bürger mit Zweitwohnungen eindecken werden. Wie weit das ein Beitrag für ein lebendiges Wohnquartier ist, ist fraglich. GBr

Der Münchner Mietwohnungsmarkt entwickelt sich zu einer "Plateaustadt":

Gleich welches Stadtviertel: Münchner Wohnungen sind teuer

Derzeit entwickelt sich München zu einer "Plateaustadt", in der alle Wohnlagen ähnlich teuer sind. Vorbei sind in München die Zeiten der "Kirchturmstadt", in denen es ein teures Zentrum mit nach außen stark abfallenden Mietpreisen gab.

Stadtmodelle ermöglichen es, den mittleren Mietpreisanstieg auf Ebene einzelner Wohnlagen kleinräumig zu beobachten. Weil für benachbarte Wohnungen ziemlich ähnliche Mietpreise verlangt werden, lassen sich Karten der „Mietpreisgebirge“ zeichnen. Solche Bilder lassen sich heute über geostatistische Verfahren und einer deutlich verbesserten Datengrundlage belegen.



Mietpreisgebirge München, 2010.

Quelle: empirica Preisdatenbank auf Basis IDN Immodaten

Vergleicht man die Mietpreisniveaus der einzelnen Raumzellen (100 mal 100 Meter) zwischen zwei Zeiträumen, werden die Wachstumsstrukturen deutlich. In München unterscheiden sich sämtliche Wohnlagen um lediglich +/- 10% Unterschied der Wachstumsraten zur Gesamtstadt. Ganz im Gegensatz dazu Hamburg und Berlin: Die Mietpreise einzelner Wohnlagen sind dort um bis zu 40% stärker gestiegen als der Durchschnitt der Stadt – einzelne sind um bis zu 30% langsamer gewachsen bzw. gesunken. In München existieren sehr viel weniger Unterschiede sowohl in Bezug auf das Niveau als auch in Bezug auf die Veränderung als in Berlin und Hamburg. Während in München ganze 95% aller Wohnlagen sich nahezu im Gleichschritt mit der Gesamtstadt entwickelten (+/- 5% der Wachstumsrate der Gesamtstadt) waren es in Berlin nur 84% und in Hamburg sogar nur 78%.
Andreas Vater, empirica AG

Münchens neues Wohngebiet Bayernkaserne wird zwar noch nicht gebaut. Studenten haben aber schon einmal überlegt, wo die dort geplanten 2400 Wohnungen stehen könnten. Ihre Entwürfe sind noch bis zum 14. Juli im Plantreff zu sehen (Blumenstraße 31, werktags bis 18 h). GBr

Bunker in München – immer noch Zivilschutzbauten, einige verkauft, viele auch leer:

Allmählich werden die Kriegsbunker für zivile Zwecke genutzt



Dieser Hochbunker an der Isar wurde schon vor Jahren zum Wohnhaus umgebaut und aufgestockt. GBr

Sie stehen unübersehbar mitten im Stadtzentrum (etwa neben der Schrammehalle und – weniger bekannt – in der Hotterstraße neben dem Baugelände der Hofstatt), eingereiht zwischen Wohntrakten (in der äußeren Prinzregentenstraße) oder frei in der Stadtlandschaft (z.B. an der Lerchenauer Straße in Höhe Biedersteiner Kanal und unweit davon am Petuelring). Wenige dienen noch dem Zivilschutz, andere sind vermietet oder stehen einfach leer. Einige wurden auch verkauft und zu Wohnhäusern umgebaut (wie an der Claudel-Lorrain-/Sachsenstraße nahe der Isar, Bild links). Was soll aus den Kriegsüberbleibseln noch werden? Wir fragten die Stadt.

Nicht alle Bunker im Stadtgebiet gehören der Stadt. Das Kommunalreferat verwaltet die Hochbunker in kommunalem Eigentum, die keiner Zivilschutzbindung unterliegen, und das Kreisverwaltungsreferat die mit katastrophenschutzrechtlicher Funktion. Es sind allerdings nur noch zwei: in der Schleißheimer Straße und in der Blumenstraße (für letzteren wurde schon in zweifacher Hinsicht eine museale Nutzung vorgeschlagen, nämlich entweder als Bunkermuseum oder als Medien Museum München (vgl. dazu einen der nachfolgenden Berichte). Hinzu kommen auf der Liste der Zivilschutzräume zwei Tiefbunker in der Bayer- und der Elisenstraße. Zum Schutzraumkonzept gehören im übrigen etliche entsprechend ausgebaute und grundbuchamtlich gewidmete Tiefgaragen, die insgesamt rund 24.000 Menschen Schutz bieten könnten.

Die meisten Bunker, die für den Zivilschutz ausgerüstet waren, sind bereits außer Funktion

Wird eine Bunkeranlage mit Zivilschutzbindung für andere Zwecke benötigt, musste ihre Schutzfunktion bisher anderswo hin verlagert werden. Das war bei der Bunkeranlage unter dem St.-Jakobs-Platz der Fall: Sie wurde dem Jüdischen Museum zugeschlagen, und das dort eingelagerte Material wurde in die als neuer Schutzraum ausgebaute Tiefgarage des gleichzeitig errichteten Kulturhauses Milbertshofen verbracht. Das ist mittlerweile aber wohl nicht mehr erforderlich, denn die Bundesregierung hat entsprechende Zivilschutz-Vorschriften aufgegeben. Nach und nach werden die Münchner Bunker nun privatisiert. So sind Hochbunker an der Steiner-/Plinganser Straße, an der Hotter- und an der Boschetsrieder Straße sowie an der Ungerer/Crailsheimer Straße (vgl. den folgenden Bericht) aus der Liste der öffentlichen Schutzräume bereits gestrichen. Einige Bunker hatten schon vor vielen Jahren ganz unkriegerische Zwecke bekommen. So wird ein Bunker an der äußeren Prinzregentenstraße zur Einlagerung von Kunstwerken genutzt. Er entstand dort in den 1930er Jahren als Musterbeispiel für damals geplante NS-Stadtviertel, die nach diesem Vorbild an jeder Straßenecke solche monströsen Luftschutzbauten bekommen sollten. Der Bunker unter dem Haus der Kunst, bislang Lagerraum für Ausgrabungen, ist gerade erst als zusätzlicher Ausstellungsbereich eröffnet worden (wir berichteten). Die wenigen Bunker des Kommunalreferates (in Milbertshofen: Lerchenauer Str. 53, Riesenfeldstraße 2 und Anhalter Platz 3, in Allach: Franz-Nissl-Straße 53 sowie in Berg am Laim: Sonnwendjochstraße 54a) werden wegen verschiedenster bau-, denkmalschutz- oder brandschutzrechtlicher Auflagen (z.B. fehlender Fluchtwege etc.) meist nicht genutzt. Sind die für eine Nutzung nötigen Umgestaltungen nicht oder nicht im gewünschten Umfang möglich, stehen sie nicht nur leer, sondern sind meist auch nicht verkäuflich. Findet sich doch ein Käufer, wird der Preis anhand des jeweiligen Objekts individuell ausgehandelt. GBr

An der Alten Heide will Euroboden einen Hochbunker zu einer Wohnanlage machen:

Wohnen hinter meterdickem Beton? Bitte sehr

Am Nordende des Nordfriedhofs wird nächstes Jahr ein sieben Stockwerke hoher Bunker aus den Jahren 1942/43 mit zwei Meter dicken Wänden zu höchst exklusiven Wohnungen und einem Büro umgebaut. 2013 sollen dort nach den Vorstellungen des Sanierers Euroboden Kreative, Selbstständige, Kunst- oder Architekturinteressierte einziehen. An den Bombenkrieg soll dann fast nichts mehr erinnern.

Der massige Kasten ist gut im Schuss; schließlich hatte ihn die Bundesvermögensverwaltung als Stützpunkt für den Zivilschutz erhalten. Jetzt hat sie ihn aber verkauft. Das erst später aufgesetzte Walmdach weicht einem gläsernen Penthaus. Darunter wird es drei weitere loftartige Wohnungen geben und im Erdgeschoss ein Büro. Pro Geschoss und Himmelsrichtung werden Handwerker in den zwei Meter dicken Beton jeweils eine annähernd raumhohe und dreieinhalb Meter breite Öffnung schneiden; das ergibt künftige Loggien, von denen aus die Wohnungen Tageslicht bekommen. Die Loggien in den zwei Meter starken Bunkerwänden sollen als „Lichträume“ dienen und so das Innen mit dem Außen verbinden. Im Erdgeschoss lässt die Denkmalpflege keine Fensteröffnungen zu; deshalb wird das dort entstehende doppelstöckige Büro sein Tageslicht von einem Galeriegeschoss im 1. OG erhalten. Das ergibt Raumhöhen von über fünf Metern.



So soll der umzubauende Bunker ab 2013 aussehen.

Bild: Euroboden

Die drei Etagenwohnungen werden jeweils rund 120 Quadratmeter groß, jeder Wohnraum allein bekommt um die 70 qm. Natürlich gibt es Aufzüge, Stellplätze und alles, was sonst heute zu einem Wohn- und Geschäftsgebäude gehört. Wie sehr sich der einst kriegerische Zweck des Anwesens verwandelt, ist der ArchitektenLyrik der Baubeschreibung über die vierte künftige Wohnung ganz oben zu entnehmen: „An der zweigeschossigen Bibliothek vorbei gelangt man in den Empfangsraum. Über eine großzügig gewendelte Treppe durchschreitet man die zwei Meter dicke Bunkerdecke und gelangt in das neu errichtete Penthouse im siebten Obergeschoss. In einem atemberaubenden Panorama sind die Wahrzeichen der Stadt aufgereiht...“

Bestimmte Teile des Bunkers, etwa natursteinverkleidete Türumrahmungen und Treppen, wird man auch künftig sehen können; in jeder Einheit soll sich nach den Vorstellungen der raumstation Architekten nämlich ein „Fenster in die Baugeschichte“ öffnen. Sonst allerdings wird fast nichts mehr an die martialische Historie des Gebäudes erinnern. Die Architekten schwärmen schon von „großzügigen Raumeindrücken, den hochwertigen, modernen Oberflächen und den weiten Blicken“ – von den oberen Geschossen des Bunkers geht der Blick in der Tat frei über den Nordfriedhof auf die Stadt und bis zu den Alpen.

GBr

Baumgartner/Kantke/Schwarz legen Gesamtkonzept für den Bahnknoten München vor:

Bahnen sollen die deutlich stärkere Alternative zum Auto sein

Wer die Energiewende ernst nimmt, ohne die persönliche Beweglichkeit der Bürger einzuschränken, muss ihnen Alternativen zum Auto anbieten. Angesichts des Klimawandels und der stetig steigenden Spritpreise erscheint das eine Selbstverständlichkeit. Die derzeit gültige Verkehrsplanung für den Großraum geht grob gerechnet von 50 Prozent Autoverkehr und 50 Prozent öffentlichem Verkehr aus. Das kann nicht so bleiben, sagt das Verkehrsplaner-Büro Baumgartner/Kantke/Schwarz in einer Präsentation ihrer Pläne für den Bahnknoten München am 11. Mai im Forums-Arbeitskreis Schienenverkehr. Nach mehrjährigen Vorarbeiten legte es einen Gesamtverkehrsplan vor, der im Modal Split nicht nur 0,3 oder 0,4 Prozent Verschiebung zugunsten der S-Bahn einplant (größer wäre der Effekt eines zweiten S-Bahn-Tunnels auf den sogenannten Modal Split nicht, sagen sie), sondern der aus 50:50 ein Verhältnis von 70:30 zugunsten des öffentlichen Verkehrs macht. Dabei haben sie nicht nur den Stadt- und Umlandverkehr im Blick, sondern auch den Fernverkehr. Die Realisierung dieses Gesamtplans wird teuer, aber finanzierbar, wenn der nach ihrer Überzeugung überflüssige zweite S-Bahn-Stammstreckentunnel nicht kommt. Baumgartner/Kantke/Schwarz wollen dieses Geld effizienter einsetzen. Sie halten im gesamten Großraum München wie einen S-Bahn-10-Minuten-Takt wie bei der U-Bahn für machbar.

Stefan Baumgartner, Thomas Kantke, Dietz-Ulrich Schwarz (BKS) halten daran fest, alle zehn Minuten eine S-Bahn pro Richtung über den Südring und die anderen wie bisher durch den bestehenden Stammstreckentunnel zu schicken. Dazu muss der Südring nicht vierspurig ausgebaut werden; er hat die nötige Kapazitätsreserve. Stattdessen schlagen sie vor, andere Engstellen des Münchner Bahnsystems so aufzurüsten, dass die S-Bahnen im gesamten Großraum München (außer auf wenigen Außenästen) bis abends 20.30 h im 10-Minuten-Takt fahren können. Das soll den Umsteigeeffekt vom Auto erbringen.

Neue S-Bahn-Strecken planen sie abgesehen von den bereits beschlossenen (Ringschluss Flughafen–Erding) auch von Pasing nach Freiam, von Moosach nach Untermenzing, vom Olympia-Einkaufszentrum zur Fasanerie und von Garching bis Neufahrn. Und auch die U-Bahnen sollten nach ihrer Vorstellung so verlängert werden, wie die Stadt das ohnehin plant: von Laim nach Pasing, von

Stadtnetz München

Projekte bis 2030

- U1 Fasanerie
- U3 Untermenzing
- U5 Freiam Nord
- U6 Neufahrn
- Stadtbahn Martinsr.
- Planegg–Germering
- Stadtbahn Moosach
- Dachau
- Tram St.Emmeram
- Studentenstadt – Frankfurter Ring – Moosach
- Tram Kiefernarten
- Hasenberg Nord
- Tram Aidenbachstr.–Partnachpl. – Harras
- Schwantlhöhe
- Donnersbergerbr. – Rotkreuzplatz
- Tram Amalienburgstraße – Pasing Nord
- Tram Ostbahnhof – Neuperlach mit Ring



Alle Pläne: Baumgartner/Kantke/Schwarz

Großhadern ins Wümtal und vom Arabellapark bis nach Engelschalking. Deutlich massiver als nach den städtischen Plänen vorgesehen sieht allerdings ihr Tram-Ausbaukonzept aus:

Zusätzlich zu den beschlossenen Tangenten wollen sie beispielsweise auch eine Tram nach Neuperlach und dort zur Erschließung des Stadtviertels in einem weiten Ring rund um die Wohngebiete führen. Was sie sonst noch für nötig halten, zeigt die Skizze links.

Neue Gleise soll es nach dem BKS-Konzept vor allem für den Regional- und Fernverkehr geben. Auf einer aufgegebenen früheren Güterbahn-Trasse sollen demnach künftig Regional- und Fernzüge aus Richtung Fürstenfeldbruck zwischen Gröbenzell und Lochhausen in die Strecke Augsburg-München eingebunden werden. Der Effekt: Auf der westlichen S4 bis zur Stadtgrenze würde der 10-Minuten-Takt durch keinen Mischverkehr mehr gestört. Auch der Regional- und Fernverkehr sowie der Gutteil des Güterverkehrs aus Richtung Landshut soll nach ihrer Ansicht – wie auch die Bahn plant – vom Betrieb der S1 entkoppelt werden, aber nicht durch neue Gleise neben den alten, sondern durch eine neue Bahntrasse neben der Autobahn A92 (dort hätte der Transrapid fahren sollen), westlich der Regattastrecke, unter dem Allacher Rangierbahnhof und dann weiter in einem 5 km langen Tunnel unter dem Hartmannshofer Park hindurch bis zu bestehenden Gleisen westlich vom Nymphenburger Schlosspark. Den Güterfernverkehr in Nord-Süd-Richtung zwischen dem Brenner und Norddeutschland wollen die Verkehrsexperten vom Nadelöhr München möglichst fern halten. Sie schlagen dazu vor, die bisher eingleisige Strecke Rosenheim-Mühldorf-Landshut zweigleisig auszubauen und zu elektrifizieren. Den Ost – West - Güterverkehr wollen sie – einige schon oft diskutierte neue Gleiskurven im Osten und Westen der Stadt vorausgesetzt – möglichst über den Nordring und nur wenn unvermeidlich noch über den Südring führen.



Mit einer ganz unkonventionellen Idee wollen BKS die Messe mit dem Flughafen verbinden. Zwischen Engschalking und der Messe schlagen sie (links) eine Seilbahn vor, die in nur zehn Minuten Transferzeit stündlich 4.200 Fahrgäste befördern könnte und mit 40 Millionen Euro nur einen Bruchteil dessen kosten würde, was eine Anbindung der Messe per Schiene erfordert: mit einer langsamen Tram 80 Millionen Euro, mit einer Verschwenkung der S-Bahn an den Messe-Nord-Eingang (ohne Verbindung mit der Messe-U-Bahn) bis zu 300 Millionen Euro.

Was die drei Verkehrsexperten in jahrelanger Kleinarbeit ermittelt und jetzt dem Arbeitskreis Schienenverkehr des Münchner Forums als Gesamtkonzept

vorgelegt haben, kostet viel Geld. Sie haben bis zum Jahr 2030 geplant und glauben, dass bis dahin mehr als sechs Milliarden Euro in das öffentliche Verkehrsnetz des Großraums fließen müssen – 2,5 Milliarden für die Fernbahn, 1,7 Milliarden in die S-Bahn, 1,4 Milliarden in die U-Bahn und 1,2 Milliarden Euro in die Tram, um nur die größten Brocken zu nennen. Verteilt über zwei Jahrzehnte macht das eine jährliche Belastung von rund 300 Millionen Euro aus. Zum Vergleich: In den 1980er Jahren hat München jährlich bis zu 300 Millionen DM in sein Verkehrssystem investiert, davon 90 Prozent in den U-Bahn-Ausbau. Von der Kaufkraft her entsprechen DM-Beträge von damals annähernd Euro-Beträgen von heute. Mit Investitionen in dieser Größenordnung könnte München nach Überzeugung von BKS ein durchstrukturiertes, schnelles, von allen wesentlichen Schwachstellen beseitigtes und hoch attraktives Verkehrsnetz bekommen. Einen derartigen Gesamtplan, sagen sie, habe es bisher überhaupt nicht gegeben. Er sei aber überfällig, um die wachsende Stadt (plus 100.000 Einwohner im Planungszeitraum) und die wachsende Region (nochmals plus 100.000 Personen) zukunftsfähig und zugleich auf nachhaltige Weise mobil zu halten. Begeisterung für ihre Pläne erwarten BKS bei der Stadt, beim Freistaat und bei der Bahn vorerst nicht. Zu einseitig hätten die Behörden auf das Milliardengrab 2. S-Bahn-Tunnel gesetzt – wohl wissend, dass damit alle anderen, ebenfalls nötigen Ausbauprojekte unbezahlbar würden und wohl ohne Erinnerung daran, dass vor gar nicht langer Zeit der Transrapid noch ein Wunschtraum des Freistaats war, der sich wegen utopischer Kosten in Nichts aufgelöst hat. Um so mehr sind BKS überzeugt, die besseren Argumente zu haben. Zu den aufmerksamen Zuhörern ihrer Präsentation gehörten mehrere Stadträte. Der Arbeitskreis wird das Konzept mit dem für den S-Bahn-Ausbau zuständigen Leiter der DB ProjektBau Albert Scheller und Gästen erörtern. GBr

Die Pläne finden Sie unter http://sbahn-plus.de/documents/110512-BKS-BahnknotenMUC-20110512_000.pdf

Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) stellt sich Fragen des Münchner Forums:

„Bessert rennen“ wird eine Münchner Erfolgs-Maxime bleiben

Lieber gut und preiswürdig als billig und schlampig – nach diesem Grundsatz arbeitet die Münchner Abfallentsorgung jetzt und zukünftig. In einem Gespräch mit dem Münchner Forum erläuterte der zweite AWM-Werkleiter Helmut Schmidt die Politik dieses kommunalen Betriebs. Forderungen der EU und des Bundesumweltministeriums (BMU) nach mehr Wettbewerb auch bei der Müllentsorgung nimmt er trotz der anstehenden Novellierung des Abfallwirtschaftsgesetzes gelassen.

Die Europäische Union fördert grundsätzlich den Wettbewerb auf offenen Märkten und sieht Monopole deshalb grundsätzlich kritisch. Das BMU folgt dieser Linie. Kommunale Betriebe, die ohne direkten Konkurrenten arbeiten, sind auf dieser politischen Ebene nicht sehr beliebt. Aber die einschlägigen europäischen Vorschriften lassen für Aufgaben der Daseinsvorsorge ausdrücklich auch Betriebe zu, die die öffentliche Hand in Eigenregie betreibt. Der AWM ist ein solcher Betrieb in einem ökonomischen „Schutzraum“, in dem er keinen billigeren Konkurrenten zu fürchten hat.

„Billig“ ist für Helmut Schmidt ein Wort in seiner wirklichen Doppelbedeutung von „kostet weniger“ und „ist weniger wert“. Private Entsorger könnten durchaus zu niedrigeren Preisen anbieten – aber nur, weil sie die tariflichen Löhne um etwa 20 Prozent unterbieten. Der AWM bezahlt seine Mitarbeiter nach Tarif und will dabei auch bleiben. Da er etwa zu einem Drittel Personalkosten hat, fällt allein diese Differenz bei den Müllgebühren mit sechs bis sieben Prozent ins Gewicht.

Höhere Entsorgungsqualität kostet auch mehr Geld

Private Entsorger halten nach Schmidts Erfahrungen gesetzliche Grenzwerte etwa bei der Reinigung von Abgasen aus Müllverbrennungsanlagen gerade so ein. Münchens Müllverbrennungsanlage ist, weil es einen energetischen Wirkungsgrad von über 60 % aufweist, auch als Verwertungsanlage anerkannt. „Die Luft, die wir da zur Verbrennung ansaugen, ist schmutziger als die, die wir nach der Verbrennung durch den Schornstein entlassen“, sagt Schmidt durchaus mit Stolz – wohl wissend, dass auch diese Umweltqualität Geld kosten muss. Ein dritter kostentreibender Faktor sind behördliche Auflagen, nach denen öffentliche Betriebe ausreichende Behandlungskapazitäten vorhalten müssen, für den Fall dass private Betriebe in Konkurs gehen. Das bedingt Reservekapazitäten, die auch Kapital binden. Und schließlich müsse der AWM seine direkten wie indirekten Verwaltungskosten tragen, selbst die, die Stadträte im als Aufsichtsrat über den AWM fungierenden Stadtratsausschuss bei ihren Sitzungen auslösen.

AWM in Stichworten:

Der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) ist ein kommunaler Eigenbetrieb der Stadt München. Der AWM sammelt, entsorgt und verwertet Restmüll, Papierabfall und Bioabfall, verwertet und vermarktet Wertstoffe und kümmert sich um die Entsorgung bei Münchner Großveranstaltungen. Der AWM verfügt über vier Betriebshöfe, 12 Wertstoffhöfe, eine Trockenfermentationsanlage, ein Gebrauchtgüterkaufhaus, 200 Müllfahrzeuge und eine eigene Müllverbrennungsanlage. Über das Drei-Tonnen-System werden pro Jahr über 13 Millionen Behälter geleert. Ergänzt wird das Angebot durch einen Abholdienst für Sperrmüll, einen Containerdienst und weitere Leistungen. Eine umfassende Abfallberatung rundet das Angebot ab.

Fünf Hauptaufgaben hat der AWM tagtäglich zu lösen. Erstens soll er dazu beitragen, dass Abfall möglichst gar nicht erst erzeugt wird. Abfallvermeidung ist aber in erster Linie eine Sache der Produktion und ihres „ökologischen Fußabdrucks“. Die EU erwartet hierzu nationale Vorgaben. Sie sollen in das novellierte Kreislaufwirtschaftsgesetz einfließen, das eigentlich Ende 2010 hätte herauskommen sollen, aber noch aussteht. Zweitens geht es um Wiederverwendung noch brauchbarer Stoffe im Abfall. Seit Jahren nehmen die Wertstoffhöfe – eine Einrichtung, die es außer in Bayern bisher nur in Berlin gab; Hamburg zieht gerade nach – solche Stoffe an und sammeln sie separat.



„Besser trennen“ – ein Thema in vielen Variationen. Bild: AWM

Bereits vor zehn Jahren hat der AWM in der Sachsenstraße ein Kaufhaus für Gebrauchtes, die Halle 2, eröffnet. Alles was man dort kaufen kann, geht sehr billig weg. Der AWM will daran nichts verdienen, sondern möglichst viel Brauchbares aus dem Müll abzweigen. „Durchsatz“, sagt Schmidt, „geht dabei vor Umsatz.“

Drittens geht es um das Recycling. Viel Abfall wird aus Deutschland auf unterschiedlichsten Wegen ins Ausland verschafft, Kunststoffe etwa nach China wegen dessen enormem Rohstoffbedarf, Elektroaltgeräte aber auch in arme Länder der Dritten Welt, wo Menschen mit primitivsten Mitteln Abfall aus Europa verbrennen, um darin enthaltene Rohstoffe wiederzugewinnen. Oft sind diese Feuer mit ihren viel zu niedrigen Temperaturen hoch giftig. „Die Menschen haben die Wahl zwischen Armut und Vergiftung, und sie wählen dann letztere.“ Nicht nur deshalb rät Helmut Schmidt, diesen Müll in Europa zu halten. Er enthält nämlich auch seltene Rohstoffe, die die heimische Wirtschaft dringend benötigt und die nicht im Müll exportiert werden sollten.

Viertens kümmert sich der AWM um die „sonstige Verwertung“. Mit manchen Resten, etwa mit Bauschutt, werden Gruben und Löcher verfüllt. Viel wird auch verbrannt, Schachteln aus *Fast-food*-Restaurants zum Beispiel, die zwar aus Papier sind, die aber kein Altpapierverwerter haben will, weil sie mit Essensresten verschmutzt sind.

Fünftens schließlich landet der nicht mehr verwertbare Restmüll in der Müllverbrennungsanlage, wo er mit höchsten Umweltstandards ganzjährig zur Strom- und Fernwärmeerzeugung genutzt wird. Deponiert werden nur mineralische Bauabfälle wie Asbestzement und künstliche Mineralfasern. Die Münchner Deponie liegt im Nordwestquadranten des Autobahnkreuzes A9/A99. Bis ins letzte Jahr wurde direkt nördlich des Autobahnringes noch Deponiegut angefahren. Damit ist es aber vorbei; seit Jahresanfang werden nur noch Schlacken und Aushub verfüllt, um Münchens jüngsten Berg dauerhaft zu modellieren. Dann kommt auch dort ein Windrad obendrauf – und fertig. Eine Deponie braucht München nicht mehr.



Die AWM-Zentrale am Georg-Brauchle-Ring. Bild: AWM

Vermutlich bekommt München auch keine gelben Wertstoff-Tonnen, wie es sie anderswo gibt. Denn erfahrungsgemäß landet in ihnen rund zur Hälfte gewöhnlicher Hausmüll – das macht die gelben Tonnen wirtschaftlich nicht interessant. Dagegen bleibt es bei separaten Containern für Bio, Papier, Glas und Plastik. Mit Hausmüll verunreinigtes Papier will nämlich ebenso wenig jemand haben wie Kunststoffe, die den Gestank vergammelnden Hausmülls aufgenommen haben und nie wieder verlieren. Ob es dagegen bei separaten Metallsammlern bleibt, ist noch offen. Leere Fischdosen und ähnlich „duftende“ und klebrige Metallbehälter sind wenig beliebt; deren Metall fischen die Verwerter lieber aus der Schlacke verbrannten Hausmülls heraus, weil dann alles Organische bereits in Rauch aufgegangen ist.

Kein AWM-Thema sind Verpackungen; für sie sind neun Duale Systeme zuständig. Deren Betreiber bekriegen sich mit wechselseitigen Strafanzeigen heftig und verursachen mit Verwaltungsmechanismen, die Schmidt für unsinnig hält, erstaunliche Kosten. Diese Kosten des Dualen Systems sind so hoch, hat ein Wissenschaftler errechnet, dass man mit ihnen bundesweit an allen Schulen eine Ganztagsbetreuung einrichten könnte. München hat sich also mit Recht gegen eine Privatisierung der Entsorgung gewehrt und den Weg des Eigenbetriebs gewählt. GB

OB Christian Ude ist erneut Städtetags-Präsident. Zur Bürgerdemokratie sagte er:

„Der Wutbürger muss nicht als neuer Souverän etabliert werden“



Der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude wurde in Stuttgart nach 2005 und 2007 zum drittenmal für zwei Jahre zum Präsidenten des Deutschen Städtetages gewählt. Seit 2009 war er Vizepräsident. In seiner Antrittsrede beschäftigte er sich u.a. mit Fragen der kommunalen Finanzierung, mit der Städtebauförderung, mit der städtischen Energiepolitik und mit Fragen der kommunalen Demokratie. Dazu sagte er unter anderem in der Rathausumschau:

„Hier in Stuttgart ist es unvermeidlich – und in den kommenden Jahren wird es in ganz Deutschland so sein –, dass wir uns mit Bürgerprotest und Politikverdrossenheit, mit Information, Kommunikation und Partizipation sowie neuen Formen direkter Demokratie befassen. Dazu möchte ich mit einigen Thesen anregen:

Misstrauen und Unzufriedenheit dem politischen Betrieb gegenüber sind wahrlich kein speziell kommunales Problem. Die größte Verdrossenheit gibt es Umfragen zufolge in der Bundespolitik, die größten demokratischen Defizite auf der europäischen Ebene, die zunehmend nationalen Parlamenten Befugnisse nimmt, ohne gleichzeitig das Europäische Parlament entsprechend zu stärken. Wir an der kommunalen Basis stellen uns täglich der Bürgerschaft. Auch wenn ein Bahnbauprojekt sehr umstritten ist, brauchen wir nicht bundesweit in Sack und Asche zu gehen.

Gleichzeitig dürfen wir uns aber auch nicht in die Tasche lügen: Das Misstrauen gegen Amtsinhaber, politische Entscheidungen und behördliche Planungen ist auch ein kommunales Thema, dem wir nicht ausweichen dürfen.

Wir müssen kontinuierlich immer „noch mehr Demokratie wagen“

Die allgemeine Lebensweisheit, dass nichts so gut ist, dass es nicht noch besser werden könnte, gilt selbstverständlich auch für die kommunale Demokratie. Wir müssen uns immer fragen, ob wir vorhandene Instrumente besser nutzen und zusätzliche Instrumente schaffen sollten. Das Baugesetzbuch liefert ja häufig tatsächlich nur Alibi-Veranstaltungen, deren Mitwirkungschancen sich nur Kundigen und Eingeweihten erschließen. Genauso wie die Stadt niemals fertig ist, sondern sich immer weiter entwickeln muss, müssen wir kontinuierlich immer „noch mehr Demokratie wagen“. Dazu gehört eine frühere und bessere Information, die tatsächlich alle Zielgruppen der Gesamtbevölkerung erreicht, eine Herstellung von Öffentlichkeit in Zukunftsfragen, die nicht zuletzt wegen der zunehmenden Oberflächlichkeit vieler Medien immer schwerer gelingt, und eine Dialogbereitschaft, bevor die Würfel fallen. Bei den hervorragenden Instrumenten des Bürgerbegehrens und Bürgerentscheids darf es keine Hürden geben, die kaum überwindbar sind; das gilt auch für Volksentscheide. Wenn wir Kommunalpolitiker unsere Legitimation auch bei verheerend niedriger Wahlbeteiligung nicht in Zweifel ziehen, dürfen wir bei Einzelentscheidungen der Bürgerschaft keine höheren Prozentsätze verlangen, als sie uns selber als Legitimationsbasis zur Verfügung stehen.

Und natürlich müssen wir die neuen Medien nutzen, die in Nordafrika soeben ja wohl das entscheidende Forum der Demokratiebewegung waren. Hier schlummern gewaltige Potenziale für Information, Artikulation und Mitwirkung. Allerdings dürfen wir die „digitale Spaltung“ der Gesellschaft nicht vergessen, die zumindest in absehbarer Zukunft – wenn auch in schwindendem Maße – fortbestehen wird. Wir sind allen Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet, nicht nur denen, die schon *online* kommunizieren.

Einspruch gegen die These, Stuttgart 21 habe ein neues Zeitalter der Demokratie eröffnet

Trotz dieser Bereitschaft zu ständigen Verbesserungen möchte ich Einspruch erheben gegen die These, der Verlauf der Stuttgarter Prozeduren habe ein neues Zeitalter der Demokratie eröffnet und der Wutbürger müsse als neuer Souverän etabliert werden:

1. Als Erstes müssen wir mehr Sorgfalt auf den Begriff der „Betroffenheit“ einfordern. Von einer S-Bahn-Ertüchtigung oder neuen Trambahn-Trassen sind doch nicht nur die Anwohner der Baustellen „betroffen“, sondern auch die unüberschaubar große Zahl der Fahrgäste. Von einem Kinderspielplatz oder Sozialeinrichtungen in Villenvierteln sind nicht nur die Anwohner „betroffen“, die Kinderlärm oder Wertverluste ihrer Immobilien befürchten, sondern alle, die eine kinderfreundliche Stadt und einen sozialen Staat brauchen und realisiert sehen wollen. Wenn teure Einrichtungen gefordert werden – von weiteren Konzertsälen bis zu weiteren Stadien –, dann sind doch nicht nur die künftigen Nutzer „betroffen“, sondern alle Bürgerinnen und Bürger, die diese Einrichtungen bezahlen oder aber mit anderen Anliegen wie Kinderbetreuung oder Schulerweiterung zurückstehen sollen. Lautstark behauptete „Betroffenheit“ darf nicht zur Privilegierung bestimmter Interessensgruppen führen.

2. Ebenso fordere ich mehr Sorgfalt beim Begriff des Minderheitenschutzes, der mir heilig ist, weil er das Wesen einer freiheitlichen und lebenswerten Demokratie ausmacht. Minderheiten sollen sich frei entfalten können und mit all ihren Rechten geschützt werden, aber sie haben noch lange kein Recht, anstelle der Mehrheit zu entscheiden. Darauf würde es aber hinauslaufen, wenn wir Mehrheitsentscheidungen grundsätzlich für fragwürdig und sogar illegitim erklären, solange es Minderheitenproteste dagegen gibt.

Bürgerprotest ist weder immer grün noch immer fortschrittlich

3. Wir sollten uns auch davor hüten, nach eigenem Gutdünken dem Bürgerprotest eine stetige Richtung anzudichten, die er gar nicht hat. Beispielsweise ist es ein Irrtum, dass der Bürgerprotest immer Grün sei. Der erste Münchner Bürgerentscheid hat gegen die Grünen und die Roten und den Oberbürgermeister sündteure Autotunnels durchgesetzt, der Wutbürger saß hinter Windschutzscheibe und Lenkrad. Bürgerwille richtet sich auch keineswegs immer gegen Großprojekte, wie in München die Zweidrittel-Mehrheit für ein vom Stadtrat mehrheitlich vorgeschlagenes Fußballstadion zeigt. Bürgerprotest ist auch nicht immer fortschrittlich, wie zumindest nach Meinung mehrerer politischer Parteien der Hamburger Schulentscheid bewiesen hat. Der Hinweis, dass Bürgerprotest unterschiedlichste Richtungen einnehmen kann, ist mir deshalb so wichtig, weil viele derzeit glauben, mit einer Lähmung politischer Gremien und einer Stärkung des Wutbürgers könne der ökologische Fortschritt beschleunigt werden. Wenn es wahr ist, dass wir derzeit eine große Energiewende erleben, dann werden in der kommenden Dekade die meisten Großprojekte, mit denen der Steuerzahler strapaziert und die Landschaft verändert wird, dem Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Aufbau neuer Netze sowie Speicherkapazitäten dienen. Ich frage mit allem Nachdruck: Soll da wirklich die Parole gelten, dass Großprojekte grundsätzlich pfui sind und kein Anwohnerprotest durch demokratische Mehrheiten überstimmt werden kann? Kommt es nicht ganz im Gegenteil gerade aus ökologischen Gründen darauf an, die Handlungsfähigkeit unserer Demokratie zu erhalten?

4. Und schließlich frage ich mich, ob wir gewählten Bürgermeister und Ratsmitglieder wirklich gut beraten sind, dem nicht gewählten, sondern von irgendwem ausgehandelten Schlichter als neues Leitbild zuzujubeln, bei allem Respekt vor Heiner Geißler, der hier einen glänzenden Job gemacht hat und viel Aufklärung nachholte, die längst hätte erfolgen müssen. Aber ist nicht trotzdem der Schlichter, der als ehrwürdige Einzelperson einsame Entscheidungen trifft, eher ein Rückgriff auf uralte antiparlamentarische Ressentiments unter der Leitmelodie „Politisch Lied, ein garstig Lied“, also eher ein vordemokratisches Modell als die Krönung direkter Demokratie? Auch wenn hier in Stuttgart über einen Bahnhof und anderswo vielleicht über Windräder oder Hochspannungsleitungen durch die Bürgerschaft selbst entschieden wird, bleiben in der deutschen Kommunalpolitik viele Tausende Entscheidungen zu treffen, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung durch neue Kinderkrippen und Schulerweiterungen, Wohnungsbauten und Verwaltungsgebäude, öffentliche Verkehrsmittel und soziale Leistungen und kulturelle Angebote zu befriedigen. Getroffen werden müssen diese Entscheidungen durch Zehntausende ehrenamtlicher Stadträtinnen und Stadträte, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die dazu immerhin demokratisch gewählt sind und sich jahrelang sachkundig machen und die deshalb nicht ständig abgewertet werden sollten, als ob sie alle doof, machtbesessen und korrupt wären. So viel Selbstbewusstsein möchte schon sein! Lassen Sie uns erhobenen Hauptes wieder an die Arbeit gehen!“ Rathaus Umschau 5.5.2011

Bürger sind Wähler und immer öfter auch Akteure in der direkten Demokratie, aber:

„Das Wort ‚Wutbürger‘ ist eine Diskriminierung“

Wahlen sind die wichtigste, aber keineswegs einzige Basis der Demokratie. Nicht erst „wenn die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent sinkt, kann der politische Betrieb nicht weiter machen wie bisher“, so Ex-Staatsminister Peter Gauweiler am 20. Mai auf einer Tagung über Bürger und Politik in der Katholischen Akademie. Schon seit langem greifen die Bürger, um politisch mitwirken zu können, zu Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden als Mittel der direkten Demokratie. Die Grünen-Fraktionschefin im Bayerischen Landtag Margarete Bause, CSU-MdB Gauweiler und mehrere Wissenschaftler plädierten auf dieser Tagung klar für mehr direkte Demokratie – nicht an der Stelle der repräsentativen, sondern zusätzlich.

Die Parteipolitiker sind um ihren Job nicht zu beneiden: Sie sollen strategisch denken, den Bürgern ganz pragmatisch Orientierung geben, dazu zuverlässig kommunizieren und die Menschen mehr als früher am politischen Betrieb teilhaben lassen. In diese vier Forderungen fasste der Münchner Politik-Professor Werner Weidenfeld seinen Forderungskatalog an die Parteien. Dass die Realität häufig genug anders aussieht, erläuterte ein Publikumsgast am Beispiel der anstehenden Wahlrechtsreform: Schon vor fast drei Jahren hat das Bundesverfassungsgericht dem Bundestag diesen Auftrag erteilt. Bislang haben es die Parteien aber erfolgreich vermieden, dies öffentlich zu einem Thema zu machen. Die Sache werde von einer ganz kleinen Gruppe, im Wesentlichen von den parlamentarischen Geschäftsführern der Bundestagsparteien, „ausgemauschelt“ – Beispiel für eine Parteienpolitik, die den Wähler kaum mehr erreicht.

„Eine Kultur der Teilhabe ist das Beste, was einer Demokratie passieren kann“

Fühlen sich die Bürger als Wähler nicht optimal vertreten, treten sie in Initiativen selbst auf den Plan. Die Grünen-Fraktionschefin Bause findet das gut; die größte Gefahr für die Demokratie seien schließlich nicht ihre Gegner, sondern die Gleichgültigen, sagte sie mit einem Zitat von Joachim Gauck. Eine Kultur der Teilhabe sei das Beste, was einer Demokratie passieren könne. Das Wort Wutbürger ist für sie daher eine Diskriminierung. „Dass Menschen für oder gegen ein Vorhaben Partei ergreifen, ist ein demokratisches Recht.“ Mit den Worten des neuen baden-württembergischen Grünen-Ministerpräsidenten Kretschmann forderte Bause eine „Politik des Gehörtwerdens“ ein. Bürgerinitiativen, -begehren und -entscheide seien eine wertvolle Ergänzung der Demokratie. Für Demonstrationen gegen Planungsverfahren, in die die Bürger zu spät einbezogen werden – wenn nämlich die Grundentscheidungen schon getroffen sind –, äußerte Bause großes Verständnis. Solche Formen der „Spätbeteiligung“ nannte sie „eher ein Alibi“. Kommunen, die in sogenannten Bürgerhaushalten Bürgern auch finanzwirksame Entscheidungen überlassen, haben nach ihren Worten damit gute Erfahrungen gemacht. Beispiele zeigten, dass die Bürger Ausgaben „sehr vernünftig regeln“. Bause plädierte im Übrigen für ein Informationsfreiheitsgesetz auch in Bayern. Es gäbe den Bürgern das ausdrückliche Recht, im Rahmen des Datenschutzes von den Behörden alle Informationen zu verlangen, die diese auch selbst haben. Herrschaftswissen der Öffentlichen Hand würde so unterbunden. Nach Gauweilers Auskunft regeln nationale und EU-Vorgaben dieses Bürgerrecht aber auch ohne Landesgesetz schon sehr weit. Einzelne Kommunen, unter ihnen auch München, haben sich in Satzungen freiwillig verpflichtet, ihren Bürgern auf Anfrage jede mögliche Auskunft zu geben.

Die Diskriminierungs-Kritik am Wort Wutbürger teilte ausdrücklich auch Gauweiler. Denn auch er sieht im Bürgerengagement eine positive Entwicklung. Er plädierte dafür, solche Engagements möglichst an der Basis der Bevölkerung zu entwickeln; denn „je größer die Einheit, desto weniger Individualrechte“ kämen zum Zug. Politiker dürften im übrigen keine Angst vor der Bevölkerung haben. „Je mehr Menschen wir einbeziehen, desto besser. Dann würde viel Aggression vermieden.“

GBr

Obdachlosen-Initiative BISS geht leer aus – trotz 14.600 Petitionen an Horst Seehofer:

„Herr Ministerpräsident, verhindern Sie eine Fehlentscheidung“

In der Münchner Au steht in ruhiger Innenstadtlage am Auer Mühlbach ein Haus an der Straße Am Neudeck, das eine sehr prosaische Vergangenheit hat: Es war Münchens Frauen- und Jugendgefängnis. Die Münchner Straßenzeitschrift BISS wollte es sozial nutzen und dazu in dem früheren Knast ein Hotel mit 72 Zimmern einrichten, um damit 40 jungen Leuten in besonderen sozialen Schwierigkeiten eine anerkannte Ausbildung in einem Hotelberuf zu ermöglichen. Der Landtag hat sich seiner sozialen Verantwortung entzogen und das Grundstück, das dem Freistaat gehört, mit den Stimmen der CSU und FDP zu einem zehnfach höheren Kaufpreis an einen Investor verkauft, der dort Studentenapartments einrichten will. Hier stinkt das Geld.



Schauspielerin Uschi Glas besuchte am 16. Mai den BISS-Stand in der Fußgängerzone. Sie unterzeichnete die Hotel-BISS-Petition. Foto: BISS

BISS ist darüber erbost. Geschäftsführerin Hildgard Denninger hatte bis zuletzt an Ministerpräsident Horst Seehofer appelliert, „diese kaltherzige, asoziale Entscheidung“ zu kassieren, damit das Grundstück nicht „an einen profitorientierten Immobilienverwerter“ gehe. Bayern brauche diese „Ausbildungsstellen für arme und benachteiligte Jugendliche dringend!“ Das Konzept für ein Hotel plus elf altengerechten Wohnungen basierte darauf, junge und alte, arme und reiche Menschen

zusammenzuführen und damit soziale und wirtschaftliche Erfolge zu erzielen: Die Erfahrungen und die Professionalität der Älteren sollten die zu qualifizierenden Jüngeren anspornen, und das denkmalgeschützte Ensemble am Neudeck sollte erhalten werden.

Der Freistaat wollte aber meistbietend verkaufen; und der Landtags-Haushaltsausschuss hat das nun auch getan. Das war abzusehen gewesen, nachdem sich CSU und FDP für eine öffentliche Ausschreibung des Grundstücks und gegen einen Direktverkauf ausgesprochen hatten.

BISS zeigt sich „zutiefst enttäuscht, dass der Freistaat nicht einem dem Gemeinwohl dienenden Anbieter wie der Stiftung BISS den Vorzug gibt, obwohl das Bayerische Haushaltsrecht diese Möglichkeit ausdrücklich einräumt. Wir können nicht verstehen, dass hier ein gemeinnütziges Projekt wie Hotel BISS verhindert und ein kommerzieller Immobilienverwerter vorgezogen wird.“ In den vergangenen vier Jahren hat BISS für das Projekt weit über eine Million Euro an Förder- und Spendengeldern und 1,3 Millionen an privaten Darlehen gesammelt. 9.000 Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten waren als Unterstützer gewonnen.

Ob nur das höhere Kaufpreisangebot zweier finanzstarker Investoren den Ausschlag gab oder ob der Landtag die Erfolgsaussichten des sozialen Experiments Hotel BISS als zu unsicher einschätzte, ist nicht bekannt. Die Süddeutsche Zeitung mutmaßte Ängste bei Abgeordneten vom Lande „wo sie fürchten, von den eigenen Sozial-Akteuren abgestraft zu werden, wenn sie im Schicki-Micki-München einen Knast zu billig verkaufen. Einen Präzedenzfall wollten sie vermeiden, sagen sie bei CSU und FDP. Mehr Hinterzimmer, weniger Lautsprecher, so funktioniert nun einmal die Politik.“

GBr

Klang-Landschaft Stadt: Welche Geräusche sind willkommen und welche stören?

Lärm in der Stadt – unvermeidlich, aber durchaus reduzierbar

Wer weniger Lärm um sich herum haben will, muss ihn erst einmal messen und dokumentieren. Das haben das Forum und der Gesundheitsladen jetzt wieder getan.

Auch dieses Jahr veranstalteten Münchner Forum und Gesundheitsladen zum Tag gegen Lärm wieder eine Lärm-Exkursion. Am 29. April trafen sich ca. 25 Münchnerinnen und Münchner zu einem Klang-Spaziergang durch die Isarvorstadt. Geführt wurde die Exkursion von Gunhild Preuß-Bayer (Münchner Forum und Gesundheitsladen München e.V.). Roozbeh Karimi von Möhler + Partner Ingenieure AG begleitete die Teilnehmer mit einem Schallpegelmessgerät. Wie werden Geräusche empfunden? Was sagt der gemessene Lärmpegel überhaupt aus?



Die Exkursion.

Bild: Preuß-Bayer

Im Hinterhof eines Cafés unweit des St. Jacobs-Platzes zeigte eine erste Messung 50 Dezibel in diesem eher ruhigen Hof, zum Großteil verursacht durch die nahe Blumenstraße und hörbar gemacht durch eine schmale Feuerwehrdurchfahrt. Stressigeren Lärm gab es an der Kreuzung Müller/Fraunhoferstraße mit mehr als 70 Dezibel – kein -

Wunder, treffen hier doch drei, demnächst gar fünf Trambahnlinien aufeinander. Verschärft wird das Ganze durch eine scharfe Kurve in der Linienführung. Ein Hausmeister klagte über die Lärmbelästigung und die Vibrationen, die sogar seine Gläser im Schrank zum Klirren bringen. Eine für den Sommer angekündigte Sanierung soll mit Unterschottermatten die Vibrationen dämpfen, wird allerdings das Quietschen nicht ganz beseitigen können.

Am Gärtnerplatz, der nächsten Station, berichteten der BA-Vorsitzende Ludwigsvorstadt / Isarvorstadt Alexander Miklosy und Albert Salai von der Stelle für Gemeinwesenmediation des Sozialreferats über die seit Jahren zunehmenden Konflikte zwischen ruhebedürftigen Anwohnern und dem Feiervolk, das allnächtlich den Gärtnerplatz bevölkert. Nachts im Freien zu sprechen und zu lachen ist legal, aber wenn es tausend Menschen tun, wird es für viele Anwohner unerträglich. Lösungen werden in einem Mediationsverfahren gesucht.

Alles andere als Grabesstille erwartet die Exkursionsteilnehmer dann am alten südlichen Friedhof. Hier wurden, vorausgesetzt niemand redete, bis zu 64 Dezibel gemessen. Sie waren aber in keiner Weise mit dem Lärm an den Trambahngleisen zu vergleichen, denn sie wurden vor allem durch Naturgeräusche verursacht. Man hört die Amsel singen. Autos und Flugzeuge sind zwar zu hören, treten aber gegenüber dem Wind in den Bäumen, den vielfältigen Vogelstimmen, Schritten und Stimmen von Fußgängern auf dem Friedhof zurück. Viele Anwohner schätzen diese Oase. Hier „maskieren“ die nahen (deshalb lauterer) Geräusche den von weiter herkommenden Verkehrslärm.

Nur wenige Menschen suchen den Innenhof der Frauenklinik auf. Auch hier macht der Ton die Musik: Sitzt man auf der Bank direkt neben dem Brunnen, so zeigt das Messgerät mit 66 Dezibel so viel an wie bei einem vorbeifahrendes Auto. Das gleichmäßige Rauschen wird aber als angenehmer empfunden. Bei einer Bank ein paar Meter weiter ist es mit 54 dB deutlich leiser.

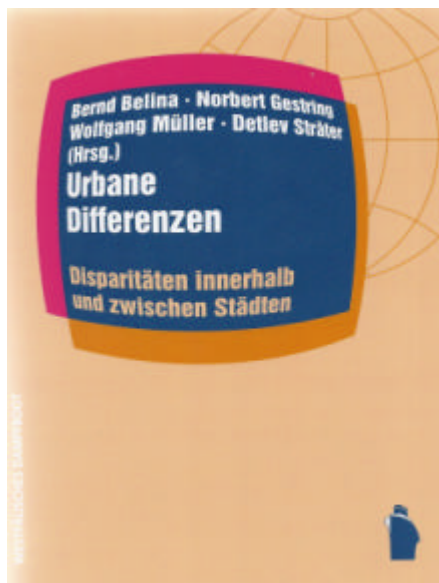
Auf der Maistraße und Lindwurmstraße dann überfällt die Teilnehmer ein „Sport“-Wagen, ein Motorrad, ein Martinshorn. Da nützt es nichts, wenn der Durchschnittswert dem Fortissimo der Amsel entspricht. Die Spitzenpegel jagen den Blutdruck hoch. Ein Martinshorn trifft den Fußgänger am Straßenrand mit 120 dB(A), das ist die Schmerzschwelle. Sogar ein Gehörschaden ist möglich.

Der Park bei der Matthäuskirche ist nicht leise, dennoch eine Grünfläche, in der Kinder spielen und im Sommer Familien picknicken. Eine Lärmschutzwand zur Lindwurmstraße könnte den Autolärm abschirmen und ihn leiser machen. Doch soll die Stadt mit Mauern durchzogen werden, nur damit der motorisierte Verkehr ohne Beschränkungen lärmern kann?

Erfreulich zu hören und ganz aktuell: Kinderlachen, Kinderspielen, Kinderlärm von Spielplätzen und Kindergärten ist kein Lärm und keine schädliche Umwelteinwirkung. Dies beschloss der Bundestag am 26.5.2011. Dazu wird das Bundes-Immissionsschutzgesetz geändert.

Gunhild Preuß-Bayer

Für Sie gelesen: Wer lenkt die Stadt?“



Unter diesem Titel sind Wolfgang Müller und Detlev Sträter (Mitglied im Münchner Forum) der Frage nachgegangen, „wie es kommt, dass viele der großen und kleinen, vielfach von guten Absichten getragenen privaten und öffentlichen Investitionsvorhaben und politischen Projekte am Ende so anders aussehen und funktionieren, als es sich Stadtpolitik, Planer, Quartiersbewohner und Nutzer anfangs vorgestellt haben?“

Eine pauschale Antwort kann es nicht geben; betonen die Verfasser, denn die kommunalen Handlungsfelder unterliegen vielen Einflüssen und Akteuren: Auf der einen Seite haben sich seit langem stabile Institutionen kommunaler Selbstverwaltung herausgebildet und behauptet. Auf der anderen Seite wird deren Spielraum durch die übergeordneten Ebenen des Landes, des Bundes und der EU sowie durch die (Teil-)Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Einrichtungen beschränkt.

Im Binnenverhältnis der Städte besitzen die (Ober-)Bürgermeister nach wie vor eine starke Position als oberste Repräsentanten der Stadt, als Vorsitzende des Stadtrats und Spitzen der Verwaltung, gegebenenfalls auch unabhängig vom Rat. Bei dieser Einschätzung stützen sich die Verfasser auch auf Aussagen von Klaus Jungfer, dem langjährigen Münchner Stadtkämmerer. Die OBs sind meist „wortgewaltige und populäre Persönlichkeiten mit hoher Sensibilität für lokale Stimmungslagen und Interessen“ (Jungfer, Klaus: *Die Stadt in der Krise. Ein Manifest für starke Kommunen. München 2005*). Die Stadträte treffen die Entscheidungen. Mit dem Aufbau großer Verwaltungen ist aber ein Teil der Macht- und Entscheidungsstrukturen von den gewählten Vertretern auf die städtischen Referate übergegangen. „Bei den in der Regel hochkompetenten Verwaltungsbeamten bündelt sich das ... akkumulierte Wissen der Kommunalverwaltung und die Entscheidungen darüber, wie dieses eingesetzt wird“, halten die Autoren fest.

Die begrenzten Handlungsspielräume der Kommunen kommen am stärksten bei der kommunalen Finanzausstattung zum Ausdruck. „Der Staat betrachtet die Kassen der selbstverwalteten Gemeinden als seine eigenen und verwaltet sie nach den Grundsätzen eines staatlichen Sondervermögens, in das Lasten verlagert werden können, wenn der Gesetzgeber Gutes tun will, ihm selbst aber die Zahlungsmittel fehlen“ (Jungfer). So können die Städte eigene Ziele nur noch begrenzt verfolgen, kommunale Maßnahmen ähneln immer mehr einem „Flickenteppich aus Inhalten unterschiedlichster Förderprogramme (der Länder, des Bundes, der EU)“, nach denen sie in ihrer Finanznot greifen. „Die wohl weitreichendsten Folgen für die kommunale Selbstverwaltung und die lokale Demokratie haben jene Reformen gehabt, die im Zuge der Neoliberalisierung ... seit etwa 25 Jahren verfolgt werden“, stellen die Verfasser fest. Mit dem Argument, die öffentlichen Verwaltungen seien zu groß, zu bürokratisch und zu unflexibel, wurde die öffentliche Daseinsvorsorge etwa im Energie-, Verkehrs- und Gesundheitsbereich dereguliert oder (teil-

)privatisiert. Städtische Eigenbetriebe, kommunale Unternehmen und freie Träger verantworten heute den Großteil der „städtischen“ Investitionen. Ihre Geschäftspolitik folgt dem jeweils eigenen Geschäftsauftrag. Die städtischen Vertreter in den Aufsichtsgremien geraten oft in Interessenkonflikte zwischen ihrem öffentlichen Kontrollauftrag und den Geschäftsinteressen des Unternehmens. So laufen die öffentlichen Ziele und die praktische Ausführung der Projekte immer wieder auseinander.

„Dies könnte sich“, so Müller und Sträter „vielleicht ändern. Denn die nun schon seit zwei Jahrzehnten praktizierte Neoliberalisierung staatlicher und kommunaler Politik erzeugt (...) Verwerfungen. Städte haben erkannt, dass sie im Privatisierungswahn über den Tisch gezogen worden sind“. Die Protestbewegungen in Hamburg, Köln oder Stuttgart 21 zeigten, dass die Durchführbarkeit intransparenter Großprojekte mit großen Risiken und Folgeproblemen behaftet ist. Im Grunde gehe es nicht nur um technische Projektrisiken und finanzielle Folgeprobleme, sondern um die grundlegende „Frage nach der Gesellschaft, in der wir leben wollen, und dem Weltbild, welches dahintersteht.“ Das neue demokratische Selbstbewusstsein müsse den Wandel vom Prinzip Shareholder Value zu dem des Citizen Value vollziehen. Am Ende der Lektüre bleibt die Frage, wo und wie der Citizen Value bei Münchner Projekten sichtbar gemacht werden kann. Es muss ja nicht nur um Großprojekte gehen wie das Fitmachen des Olympiaparks für die Winter Spiele 2018. Ein ebenso gutes Beispiel wäre ein stadtverträglicher Umbau des Hauptgebäudes im Münchner Hauptbahnhof durch die Deutsche Bahn. Die kritische Rezeption der Lektüre könnte für das weitere Wirken des Arbeitskreises „Wer beherrscht die Stadt“ des Münchner Forums anregend sein.

Martin Fürstenberg

Müller, Wolfgang und Sträter, Detlev: Wer lenkt die Stadt? Wie die Neoliberalisierung der Stadt die kommunale Selbstverwaltung aushebelt. In: Belina, Bernd, Gestring, Norbert, Müller, Wolfgang und Sträter, Detlev (Hrsg.): Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen den Städten. Münster 2011, S. 132 – 162.

Radio Lora im Juni

Das Münchner Forum auf Radio Lora, Ukw 92,4, 19-20 Uhr, Montag, 13. Juni 2011: Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch spricht mit Journalist Michael Schneider über den Hochschulstandort München, das Museumsquartier, einen dritten Konzertsaal und die kreative Kunstszene in München.

Leserbriefe

Es freut mich sehr, dass unser Plan über die **Zukunft des Olympiaparks** in Ihren Standpunkten abgedruckt ist. Schade ist nur, dass wir, mahl-gebhard-konzepte und sauerbruch hutton, als Planverfasser nicht genannt sind.

Andrea Gebhard

Das holen wir hiermit gerne nach. Die Redaktion.

Der Kommentar von Wolfgang Czisch zum Bericht über das Gespräch mit Frau Wojak zum Konzept des sogenannten „**NS-Dokumentationszentrum**“ (Standpunkte 4) hat mich beeindruckt. Schon lange habe ich ein Störgefühl, dem er nun Ausdruck zu verleihen vermocht hat. Die Debatte um den Namen muss beschämend gewesen sein - fast als gäbe es kein Erschrecken darüber, dass man auch daneben greifen kann, dass „gut gemeint“ nicht selten das Gegenteil von „gut“ ist. Zum Namen eine Überlegung: Wie, wenn man zu den vielen offenen, ja unlösbaren Fragen stehen und sich bewusst mit einem Arbeitstitel begnügen würde? Man könnte beispielsweise auf die Adresse, sagen wir „Brienner Straße 37“, mit einem Kürzel Bezug nehmen und gleichzeitig nicht nur den Nationalsozialismus, sondern auch die Gegenposition, die nicht durch Zufall nach dem 2. Weltkrieg mit so viel Energie formuliert wurde - die Menschenrechte - in den Namen aufnehmen. Den Dokumentenbestand, der aufgebaut wird, halte ich für eine große Kostbarkeit, er sollte im Namen erscheinen. Es ergäbe sich: „B 37 - Haus der Dokumente - Nationalsozialismus und Menschenrechte“.

Veronika Fischer-Horns